

## Die Auswirkung von Militarisierung auf die Rechte indigener Völker

Am 8. August 2023 veröffentlichte der Expertenmechanismus für die Rechte indigener Völker der Vereinten Nationen eine Studie, die die Auswirkung der Militarisierung indigener Gebiete auf die Rechte indigener Völker dokumentiert. Der 21-seitige Bericht enthält keine Zusammenfassung. Daher gebe ich die Abschnitte wieder, in denen Länder oder Völker konkret benannt werden. Am Ende des Artikels befindet sich der Link zu dem vollständigen Bericht in englischer Sprache.

In der Studie wird unter Militarisierung jede Aktivität militärischer Natur verstanden, einschließlich des Baus von Versorgungseinrichtungen, Infrastruktur, Stützpunkten oder andere Maßnahmen mit dem Ziel, die Kontrolle über indigenes Land und Territorium zu erreichen. Begründet wird die Militarisierung mit nationalen Sicherheitsinteressen, der Bekämpfung von Aufständen, notwendigen Grenzkontrollen, dem Zugang zu natürlichen Ressourcen, dem Naturschutz, Entwicklungsprojekten oder dem Schutz der Interessen transnationaler Konzerne.

Es gibt zudem einen Zusammenhang zwischen Kolonisierung und Militarisierung indigener Territorien. Zum Beispiel waren Inuit-Organisationen während des Kalten Krieges besonders mit Waffentests und militärischen Abfällen auf ihrem Territorium konfrontiert. Die Militarisierung der Territorien, Ländereien und Ressourcen der indigenen Völker ist eine der größten Herausforderungen für die Verwirklichung ihrer Rechte.

Die Militarisierung im Zusammenhang mit Kriegen und bewaffneten Konflikten hat sich unter anderem in der Schwarzmeerregion negativ auf das Leben der Krimtataren ausgewirkt. In vielen Fällen wird das Land indigener Völker zum Schlachtfeld interner Kriege und Konflikte. Indigene Völker werden zur Zielscheibe nichtstaatlicher bewaffneter Gruppen wie Paramilitärs und/oder sie werden von militärischen Kräften bedroht. Eine Militarisierung kann wie zum Beispiel in Nicaragua auch durch nichtstaatliche bewaffnete Gruppen oder kriminelle Banden im Zusammenhang mit Drogenhandel oder dem Abbau natürlicher Ressourcen geschehen.

In einigen Ländern dauern niedrigschwellige Langzeitkonflikte seit Jahrzehnten an, von denen indigene Völker weiterhin betroffen sind. In anderen Ländern bleibt selbst dort, wo der Konflikt formell beendet wurde, die militärische Präsenz in indigenen Gebieten bestehen. Zum Beispiel sind die Chittagong Hill Tracts in Bangladesch nach wie vor eines der am stärksten militarisierten Gebiete der Welt. Ähnliches gilt für die Militarisierung im Nordosten Indiens mit der Verhängung des Armed Forces (Special Powers) Act von 1958 und in den Regionen Cordillera und Mindanao auf den Philippinen, die zu Migration und Vertreibung indigener Völker innerhalb und über die Landesgrenzen hinaus geführt haben.

Die Militarisierung von indigenem Land wird oft mit der nationalen Sicherheit oder Aufstandsbekämpfung gerechtfertigt. Aus diesem Grund ist der Begriff „Indigen“ oder „Stammesangehörige“ bei den Sicherheitskräften und der Polizei in einigen Staaten zum Synonym für separatistische Bewegungen geworden. Auf den Philippinen gibt es die Tendenz, indigene Gebiete als „rote Gebiete“ zu bezeichnen, um so die Notwendigkeit von Aufstandsbekämpfungsmaßnahmen zu rechtfertigen. Aus Bangladesch wurde berichtet, dass die Regierung in ähnlicher Weise versucht, indigene Völker als Sezessionisten darzustellen, um die Militarisierung ihrer Gebiete zu rechtfertigen.

Die Militarisierung erfolgt auch durch die Anwendung von Gesetzen zur Terrorismusbekämpfung. Der Sonderberichterstatter für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten bei der Bekämpfung des Terrorismus hat auf Fälle in Peru, auf den Philippinen und in Chile hingewiesen. Indigenen, die dort für ihre Landrechte demonstrierten, wurden terroristische Straftaten vorgeworfen.

Indigene Völker haben häufig eine Verbindung zwischen Entwicklungsprojekten und Militarisierung festgestellt. Zum Beispiel wird kritisiert, wie im Jahr 2017 in Standing Rock in den USA die private Sicherheitsfirma TigerSwan gemeinsam mit paramilitärischen Kräften, dem Militär und der örtlichen Polizei gegen Indigene vorgingen, die gegen die Dakota Access Pipeline protestierten. Guatemala berichtet von mehr als 250.000 privaten Sicherheitskräften, die von Landbesitzern, Bergbauunternehmen, privaten Besitzern von Naturschutzgebieten, Plantagenbesitzern und Industrieunternehmen angeheuert wurden.

Menschenrechtsexperten der Vereinten Nationen haben ihre Besorgnis über den zunehmenden Einsatz des Militärs beim Bau großer ziviler öffentlicher Bauvorhaben geäußert, wie bei dem Bau der Maya-Bahn und der Eisenbahnlinie am Isthmus von Tehuantepec in indigenen Gebieten in Mexiko.

Der Expertenmechanismus hat Informationen über den erheblichen Anstieg der Militarisierung im Hinblick auf den Naturschutz und die Ausweitung von Schutzgebieten zur Erhaltung der biologischen Vielfalt und die Bewältigung des Klimawandels erhalten. Indigene Territorien könnten zunehmend militarisiert werden, um das Übereinkommen, wonach bis zum Jahr 2030 30 Prozent der Erde geschützt werden sollen, umzusetzen. Lokale Ranger patrouillieren in den Schutzgebieten, einschließlich in indigenen Gebieten. Die Militarisierung für den Naturschutz wurde in der Zentralafrikanischen Republik, der Demokratischen Republik Kongo, Guatemala, Indien und Südafrika dokumentiert. Parkwächter und Ranger erhalten eine militärähnliche Ausbildung. Die Mittel für die Bewaffnung der Parkwächter wurden aufgestockt.

Experten der Vereinten Nationen haben ihre Besorgnis über außergerichtliche Tötungen Indigener durch das Militär geäußert, die in den Bergbaugebieten Indiens, insbesondere in Nagaland, geschehen und ungestraft bleiben. Es gibt Berichte, dass in Manipur Massaker als eine Form kollektiver Bestrafung für angebliche Angriffe von Aufständischen begangen wurden. In Myanmar haben Operationen zur Aufstandsbekämpfung angeblich dazu geführt, dass das Militär Dörfer und Felder von Indigenen niederbrannte, Kultstätten zerstörte, Massenvertreibungen durchführte, Indigene als menschliche Schutzschilde nahm, Gewalt, einschließlich sexueller Gewalt ausübte und außergerichtliche Tötungen beging. Ebenso gab es Berichte über Drohungen und Einschüchterungen durch die nepalesische Polizei gegen indigene Völker, die sich dem Bau von Stromleitungen und anderen Infrastrukturprojekten widersetzen.

Auf den Philippinen gibt es Vorwürfe über außergerichtliche Tötungen, Folter, Entführungen und Verschwindenlassen bekannter indigener Aktivist\*innen und Menschenrechtsverteidiger\*innen sowie von illegaler Überwachung, Durchsuchungen und Inhaftierungen von Aktivist\*innen durch das Militär. In den Chittagong Hill Tracts in Bangladesch werden dem Militär willkürliche Verhaftungen, Razzien, Folter und Schikanen an Kontrollpunkten vorgeworfen. Im Gebiet Mayangna Sauni in Nicaragua gibt es Berichte über Tötungen und der Folter von Indigenen, die von nicht-regulären bewaffneten Gruppen wie Siedlern oder Paramilitärs mit Duldung des Militärs und der Polizei verübt werden. In Kolumbien gibt es eine Zunahme der Gewalt gegen Indigene aufgrund der Ausbreitung verschiedener nicht-staatlicher bewaffneter Gruppen und krimineller Organisationen.

Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit privaten Sicherheitsdiensten und paramilitärischen Gruppen zum Schutz von Bergbauprojekten sind in Papua-Neuguinea gemeldet worden, wo Sicherheitsleute und Polizisten in der Porgera Joint Venture Mine von Barrick Gold an sexuellen Übergriffen und Vergewaltigungen von Frauen und Gewalt gegen Männer verwickelt waren. Ähnliche Gewaltanwendungen wurden im Bereich des Naturschutzes in Afrika festgestellt. Es werden Vorwürfe untersucht, dass Wächter des Salonga-Nationalparks und des Kahuzi-Biega-Nationalparks in der Demokratischen Republik Kongo in Vergewaltigungen, Folter, willkürlichen Verhaftungen und Tötungen verwickelt waren. Organisationen der Zivilgesellschaft und indigene Völker haben dem WWF mitgeteilt, dass ähnliche Praktiken in anderen Ländern üblich sind - unter anderem in Kamerun, im Chitwan Nationalpark und im Bardiya-Nationalpark in Nepal sowie in Indien.

In Tansania werden in der Region Lolilondo, dem angestammten Land der Massai, paramilitärischen Gruppen Einschüchterung, Belästigung, Verletzung, Vergewaltigung, Zwangsräumung, Verweigerung medizinischer Versorgung, Zerstörung von Eigentum, Verschwindenlassen und willkürliche Verhaftungen vorgeworfen. Das Land wurde in das Pololeti-Wildreservat umgewandelt.

In einigen Regionen wurden indigene Völker mit aufständischen Gruppen oder Terroristen in Verbindung gebracht. So hat in Chile der Ausschuss für die Beseitigung der Rassendiskriminierung der Vereinten Nationen die unverhältnismäßige Anwendung der Antiterrorgesetze auf Indigene der Mapuche festgestellt.

Auf der Krim wird der Mejlis, das Selbstverwaltungsorgan der Krimtataren, weiterhin zur extremistischen Organisation erklärt, ein Verbot ihrer Aktivitäten wurde noch immer nicht aufgehoben. Darüber hinaus wird die Verfolgung der Führer des Mejlis einschließlich willkürlicher Verhaftungen

fortgesetzt. In Bangladesch werden Berichten zufolge Hausdurchsuchungen bei Indigenen im Namen der Vertreibung sogenannter 'Terroristen' durchgeführt. In West Papua, Indonesien, wurden willkürliche Verhaftungen, Folterungen und außergerichtliche Tötungen gemeldet. Es wurde auch behauptet, dass das Land des Pamiri-Volkes, das in den Pamir-Bergen im Gorno-Badakhshan Autonomous Oblast in Tadschikistan liegt, unter starker Überwachung steht und hoch militarisiert ist. Von dort gibt es Berichte von willkürlicher Verhaftung und Inhaftierung sowie Folter von Inhaftierten.

Die Russische Föderation weist darauf hin, dass ihre Gesetzgebung Angehörigen kleiner indigener Völker ermögliche, einen "zivilen Ersatzdienst als Alternative zum Militärdienst" zu leisten. Ein ähnlicher Ansatz galt während der Teilmobilisierung im Jahr 2022 im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine: Angehörige kleiner indigener Völker, die in dem Autonomen Gebiet der Nenzen, dem Autonomen Gebiet der Jamal-Nenzen, der Republik Sacha (Jakutien) und der Region Murmansk traditionellen Tätigkeiten wie Jagen, Fischen und der Rentierzucht nachgehen, sind vom Militärdienst befreit. Zugleich wurden die Einwohner der Städte, Freiwillige aus den Reihen der indigenen Völker sowie indigene Menschen aus Regionen, deren Behörden keine angemessenen und rechtzeitigen Maßnahmen ergriffen, zur Mobilisierung aufgerufen.

In Bezug auf die Proteste gegen die Dakota Access Pipeline in den USA gaben Experten der Vereinten Nationen eine öffentliche Erklärung ab, in der sie die Sicherheitskräfte der USA, die Strafverfolgungsbehörden und private Sicherheitsfirmen aufriefen, für die ungerechtfertigte Gewalt, die sie im Umgang mit Projektgegnern angewandt hatten, Verantwortung zu übernehmen. Auch in Kanada führte eine einstweilige Verfügung, erwirkt durch ein Pipelineunternehmen, zur Auflösung eines Protestcamps der Wet'suwet'en im Januar 2019 im Nordwesten British Columbias. Sie führte zu Massenverhaftungen. Es wurde behauptet, dass die Polizei bereit war, exzessive und sogar tödliche Gewalt anzuwenden. Es wurde weiter berichtet, dass der Staat sich weigerte, interne Unterlagen über die Wet'suwet'en-Proteste frei zu geben unter der Berufung auf eine Ausnahmeregelung, die üblicherweise beim Sammeln von Informationen im Rahmen von Terrorismus angewendet wird.

In einigen Staaten hat die Präsenz von Streitkräften in indigenen Gebieten Berichten zufolge zu gewaltsamer Aneignung von indigenem Land, zur verstärkten Ansiedlung von Nichtindigenen und zur Zerstörung der Häuser Indigener geführt. Die Indigenen haben die Kontrolle über ihre Territorien verloren. In Süd- und Südostasien haben Staaten wie Bangladesch, Indien, Myanmar, Nepal, die Philippinen und Thailand anscheinend ihre Sicherheitskräfte (Militär, paramilitärische Kräfte, Grenzschutz, Geheimdienste und Polizei) eingesetzt, um indigene Völker zu kontrollieren. Die Gewalt dieser Staaten hat zur Enteignung von Land und zur Zwangsvertreibung von indigenen Völkern beigetragen. In Kambodscha gibt es Berichte über Verhaftungen durch bewaffnete private Militär- und Sicherheitsfirmen, Polizei und Ranger. Das Militärpersonal wird zum Schutz von Abholzungsarbeiten eingesetzt. Das Verbot von Waldpatrouillen wird von bewaffneten Rangern und der Polizei durchgesetzt. In Kolumbien wurde die indigene Bevölkerung angeblich mit Hilfe des Militärs und paramilitärischer Kräfte von ihrem Land vertrieben wegen der Errichtung von Öl-, Bergbau-, Kohle- und Energieprojekten sowie Projekten zur Gewinnung erneuerbarer Energien aus Wasserkraft, Fotovoltaik und Windkraft.

Einige indigene Völker sind von erzwungenen Bevölkerungstransferprogrammen betroffen. Über Bangladesch wurde berichtet, dass zwischen 1979 bis 1985 eine Bevölkerung von mehr als 400.000 bengalischen Muslimen auf dem Land der Indigenen in den Chittagong Hill Tracts angesiedelt wurden. In ähnlicher Weise soll Indonesien zwischen den 1970er und den frühen 2000er Jahren eine Transmigrationspolitik betrieben haben, die zum Rückgang der indigenen Papua-Bevölkerung in West Papua führte, so dass bis 2007 70 Prozent der Bevölkerung aus anderen Gebieten migriert waren. In den letzten vier Jahren, von 2018 bis 2022, wurde berichtet, dass große Militäreinheiten und paramilitärische Polizeieinheiten nach West Papua verlegt wurden, die Massenvertreibungen von Zivilisten verursacht haben.

Der Ausschuss der Vereinten Nationen für die Beseitigung der Rassendiskriminierung forderte Kanada auf, die Arbeiten an der Coastal GasLink Pipeline, dem Trans Mountain Pipeline Expansion Projekt und dem Staudamm Site C einzustellen, bis die freie, vorherige und informierte Zustimmung der indigenen Völker eingeholt worden ist.

Norwegen ermöglicht regelmäßig groß angelegte Militärübungen mit anderen Streitkräften der NATO im südlichen Teil des Gebietes der Samen. Das Verteidigungsministerium und die ihm unterstellten Behörden sind verpflichtet, in solchen Fällen das samische Parlament und andere Vertreter der Samen zu konsultieren. Es wurde jedoch berichtet, dass Übungen zu Konflikten mit samischen Rechteinhabern geführt haben. Darüber hinaus soll ein kürzlich unterzeichnetes Abkommen zwischen Finnland, Norwegen und Schweden zu einer verstärkten Militärpräsenz in der samischen Region geführt haben.

Es gibt Berichte über die gewaltsame Vertreibung der indigenen Gemeinschaft der Karen aus dem Nationalpark Kaeng Krachan in Thailand im Jahr 2011. Dabei wurden durch Parkbeamte und das Militär Häuser zerstört und Reisscheunen verbrannt. Im Jahr 2018 bestätigte das Oberste Verwaltungsgericht, dass diese Gewaltanwendung einen Verstoß gegen das Nationalparkgesetz darstellt.

Bewaffnete Konflikte führen häufig zur Vertreibung von indigenen Völkern. Zum Beispiel hat die Verschärfung des bewaffneten Konflikts in Myanmar zu einer Massenvertreibung der Indigenen geführt. Es wurde berichtet, dass im Bezirk Mutraw über 90 Prozent der indigenen Karen vertrieben wurden, im Karenni-Staat waren es 30 Prozent der Bevölkerung und 10 Prozent der Bevölkerung im Chin-Staat. Die Vertreibung hat auch zu einer Verschlechterung der Umwelt und einem Verlust der Artenvielfalt geführt. Dies untergräbt die Rechte der Indigenen, die nomadisch leben.

Staaten nutzen indigenes Land für Militärbasen und -übungen, ohne vorher die freie, vorherige und informierte Zustimmung der betroffenen indigenen Völker einzuholen. In Australien wurde das traditionelle Land von sechs Aborigines-Gruppen ohne freie, vorherige und informierte Zustimmung für militärische Tests sowie für experimentelle Raumfahrt- und Militärtechnologien genutzt. Aus Burkina Faso, Kamerun, Tschad, Kenia, Mali, Marokko, Niger, Senegal, Tunesien und Uganda gibt es Berichte, dass nationale und internationale Streitkräfte ohne Zustimmung der Indigenen Stützpunkte und Lager eingerichtet und militärische Übungen auf indigenem Land durchgeführt haben.

Entsprechend Artikel 28 der Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker sollen indigene Völker Wiedergutmachung erhalten für die Verletzungen ihrer Landrechte, einschließlich der Konfiszierung von Land, Territorien und Ressourcen sowie für die Besetzung, Nutzung oder Beschädigung von Land, Territorien und Ressourcen ohne ihre freie, vorherige und informierte Zustimmung. In Ecuador entschied das Verfassungsgericht im Jahr 2020, dass die ministerielle Vereinbarung Nr. 080, mit welcher dem Cuembí Triangle sein Status als geschützte Waldfläche aberkannt wurde, verfassungswidrig sei, da mit deren Verabschiedung die verfassungsmäßigen Rechte der indigenen Völker auf Konsultation vor der Verabschiedung von Regulierungsmaßnahmen, die ihre Rechte beeinträchtigen könnten, auf Zustimmung vor der Durchführung militärischer Aktivitäten in ihren Territorien und auf den Besitz ihres angestammten Landes verletzt worden seien. In Kolumbien erkannte die Sondergerichtsbarkeit für den Frieden indigene Gebiete als Opfer des bewaffneten Konflikts an. Die sozio-ökologischen Schäden und die Anfälligkeit der Beziehung zwischen Mensch und Natur seien durch den Krieg systematisch zerstört worden.

Die Militarisierung von Land, Territorien und Ressourcen indigener Völker schadet ihren wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten, weil in einigen Fällen der Schutz von Land, Territorien und natürlichen Ressourcen notwendig ist, um andere Rechte zu garantieren, wie das Recht auf Kultur, Gesundheit, Wasser und Nahrung. Die Militarisierung der Chittagong Hill Tracts in Bangladesch hat erhebliche Auswirkungen auf die wirtschaftlichen Rechte der Indigenen. Viele haben aufgrund der Zerstörung ihrer natürlichen Lebensräume und der Zwangsumsiedlungen ihre traditionellen Lebensgrundlagen verloren. Im Irak hat die Militarisierung Berichten zufolge die Lebensgrundlagen der Assyrer beeinträchtigt und ihren Zugang zu Gesundheitsdiensten verhindert.

In einigen militarisierten indigenen Gebieten haben die Armee oder paramilitärisches Personal Schulen besetzt, die deshalb geschlossen werden mussten. Der UN-Expertenmechanismus für die Rechte indigener Völker hat Informationen über die Schließung von Schulen in indigener Trägerschaft erhalten, weil sie als Ausbildungsstätten für Rebellen angesehen wurden, wie zum Beispiel die Schulen der Lumad in Mindanao, Philippinen. In Panay, Philippinen, gibt es Berichte darüber, dass das Militär Schulen und zivile Einrichtungen zu Militärposten oder Kasernen umfunktionierte hat. In

Myanmar haben Schulen infolge des Militärputsches und der Verschärfung des Konflikts geschlossen, so dass indigene Völker keinen Zugang zu Bildung haben.

Die Militarisierung wirkt sich auf die Gesundheitsversorgung aus, wie aus West Papua, Indonesien, berichtet wird. Daten deuten darauf hin, dass die Gesundheitszentren in Konfliktgebieten am schlechtesten versorgt sind. Es gibt Berichte, dass Sicherheitskräfte die Gesundheitszentren überrannt und dadurch die Gesundheitsversorgung beeinträchtigt hätten. In Manipur, im Nordosten Indiens, haben Organisationen der Zivilgesellschaft bei klinischen Bewertungen eine signifikante Prävalenz von psychischen Problemen festgestellt, die auf die Militarisierung zurückzuführen sind.

In der Arktis sehen sich indigene Völker Bedrohungen durch das Auftauen des Permafrosts ausgesetzt, der Schichten von Giftstoffen darunter einschließt. Tonnen von Giftmüll in Camp Century, einschließlich polychlorierter Biphenyle und radioaktiven Materials, die unter dem nordwestlichen Grönland liegen, könnten aufgrund des Klimawandels und des tauenden Eises freigesetzt werden. Gleichmaßen besorgniserregend sind die Unfälle, Lecks und Entsorgungen, die zu einer Kontamination mit Per- und Polyfluoralkyl und Polyfluoralkyl-Substanzen auf amerikanischen und japanischen Militärbasen auf den Ryukyu-Inseln in Japan geführt haben.

Als Reaktion auf die Pandemie durch das Coronavirus (COVID-19) haben Staaten die Präsenz von Militär und Polizei in ländlichen Gebieten erhöht. Sie behandelten die Krise als Sicherheitsproblem und nicht als Problem der öffentlichen Gesundheit. Militär und privates Sicherheitspersonal verhinderten in indigenen Gebieten während der COVID-19-Pandemie, dass diese ihren Lebensunterhalt sichern konnten, in dem sie die Ernte verhinderten. In Brasilien war die nationale Gesundheitspolitik für indigene Völker und der gesamte Verwaltungsprozess für indigene Gesundheitsfürsorge zuvor der Koordination des Sondersekretariats für indigene Gesundheit (SESAI) zugeordnet. In den vergangenen Jahren, auch während der Pandemie, stand die Leitung dieses Gremiums unter der Führung des Militärs.

Die Rechte indigener Völker, deren Territorien an der Grenze zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko liegen, sind durch die zunehmende Militarisierung der Grenze der USA beeinträchtigt worden. Die Politik der USA mit dem Ziel, die nationale Sicherheit zu gewährleisten, kriminalisiert die kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Bindungen indigener Gruppen, deren Territorien durch die Grenze durchschnitten werden. Das Tohono O'odham Reservat beherbergt derzeit drei Stützpunkte für Grenzschützer der USA. Dieser zunehmend militarisierte Ansatz ist ein erhebliches Hindernis für die Aufrechterhaltung sozialer, kultureller, spiritueller und wirtschaftlicher Bindungen mit den Mitgliedern jenseits der Grenze. Grenzpatrouillen, militarisiertes Personal, virtuelle Überwachung und Grenzmauern erschweren grenzüberschreitende Zeremonien, Pilgerfahrten, die Jagd, das Sammeln von Pflanzen und Heilmitteln, Handel und grenzüberschreitende religiöse Praktiken.

Seit dem Beginn des Krieges in der Ukraine ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Inuit und Sami ernsthaft beeinträchtigt. Einseitige Zwangsmaßnahmen haben Berichte zu Folge zu Reisebeschränkungen und allgemeinen Kommunikationsschwierigkeiten geführt, Bankdienstleistungen wurden blockiert, was die Möglichkeit einschränkt, samische Arbeitnehmer grenzüberschreitend zu bezahlen. Spannungen innerhalb des samischen Volkes haben zu Misstrauen zwischen den in verschiedenen Ländern lebenden Menschen geführt. Die Zusammenarbeit zwischen den samischen Organisationen in den nordischen Ländern wurde ausgesetzt. Darüber hinaus birgt die voraussichtliche NATO-Mitgliedschaft Finnlands und Schwedens das Potenzial für eine erhebliche Militarisierung des Landes der indigenen Völker in diesen beiden Staaten und umgekehrt im Nordwesten der Russischen Föderation.

In bewaffneten Konflikten wird sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt, einschließlich Vergewaltigung und erzwungene Schwangerschaft als Waffe eingesetzt, um indigene Völker bei militarisierten Streitigkeiten um Land und Ressourcen zu schwächen. In Bangladesch gibt es Fälle, in denen an Frauen und Mädchen vor den Augen von Familien- und Gemeindemitgliedern sexuelle Gewalt ausgeübt wird, oft mit dem Ziel, über die psychischen und sozialen Folgen die Gemeinschaft zu schwächen. Der Sonderberichterstatter für die Rechte indigener Völker hat Berichte über sexuelle Belästigung und Missbrauch durch Militärs gegen friedlich demonstrierende Frauen und Mädchen erhalten. Er hat viele Pressemitteilungen herausgegeben, um Diskriminierung, Gewalt und Angriffe gegen und Tötungen indigener Frauen und Mädchen, unter anderem in Guatemala, Honduras,

Kolumbien, Brasilien und auf den Philippinen öffentlich zu machen. Die kollektive Dimension der Gewalt, der indigene Frauen und Mädchen ausgesetzt sind, werde häufig übersehen.

Die Militarisierung und der Konflikt um indigenes Land haben zu sexuellen Übergriffen, Gruppenvergewaltigungen, sexueller Versklavung und Tötung von indigenen Frauen und Mädchen in Indien, Kenia, Myanmar, Nepal, den Philippinen, Thailand und Timor-Leste geführt. In Panama fürchten indigene Frauen sexuelle Übergriffe durch Militärangehörige, die in ihrem Gebiet den Drogenhandel aus dem benachbarten Kolumbien verhindern sollen. Der Sonderberichterstatter für die Rechte der indigener Völker hat festgestellt, dass Frauen und Mädchen für das Sammeln von Nahrung und dem Besorgen von Brennstoff, Wasser und Medizin zuständig sind. Bei diesen Verrichtungen sind sie dem Risiko sexueller Gewalt durch militarisierter Sicherheitskräfte, Parkwächtern und Vollzugsbeamten ausgesetzt.

Auf den stark militarisierten Inseln von Okinawa in Japan - einst das Königreich Ryukyu - gibt es tiefgreifende geschlechtsspezifische Auswirkungen auf Frauen und Mädchen der Ryukyu/Okinawas, die mit einer hohen Zahl sexueller Gewalt und häuslicher Gewalt konfrontiert sind sowie mit Straflosigkeit auf Grund des Fehlens wirksamer Rechtsmittel für diese Menschenrechtsverletzungen.

Auch der Sonderberichterstatter über Gewalt gegen Frauen und Mädchen berichtet, dass die Zunahme der bewaffneten Zusammenstöße zwischen indonesischen Sicherheitskräften und bewaffneten Pro-Papua-Unabhängigkeitsgruppen seit Ende 2018 ein Beispiel für Konflikte sind, die Auswirkungen auf indigene Frauen haben.

Weltweit sind indigene Frauen und Mädchen, die ihre Familien und Gemeinschaften verlassen, um schwierigen sozioökonomischen Bedingungen oder bewaffneten Konflikten zu entfliehen, besonders gefährdet, Opfer von Menschenhandel zu werden, einschließlich schwerer wirtschaftlicher und sexueller Ausbeutung und sexueller Gewalt. In Nepal machen indigene Frauen und Mädchen angeblich fast 80 Prozent der Opfer des Menschenhandels aus. Berichten zufolge hat der Menschenhandel auch erhebliche Auswirkungen auf indigene Völker in Nordostindien. Indigene und mexikanische Frauen, die zur Migration gezwungen werden, werden wegen des Risikos sexueller Übergriffe angewiesen, vor der Abreise oder Schleusung mit der Empfängnisverhütung zu beginnen.

Indigene Frauen haben oft keine Stimme in lokalen Vertretungs- und Entscheidungsgremien. Allerdings ist es einer Reihe von Initiativen gelungen, Frauen zu ermutigen, an Konsultationsprozessen teilzunehmen. Dies ist ein notwendiger Schritt, da bei Militarisierung auf indigenem Land Frauen besonders gefährdet sind. In Myanmar hat eine Frauenorganisation ein Bürgerschaftssystem eingerichtet, bei dem Frauen, die an Konsultationen teilgenommen haben, auf Frauen zugehen, die sich noch nicht dazu entschlossen haben.

Die Staaten müssen in ihre Verfassungs- und Rechtssysteme Normen und Prinzipien aufnehmen, damit die Territorien der indigenen Völker frei von Militarisierung und somit Zonen des Friedens sind. Konsultationsprozesse müssen garantiert werden. In dieser Hinsicht erkennt Artikel 57.20 der Verfassung Ecuadors in Übereinstimmung mit dem Gesetz das Recht der indigenen Völker auf Begrenzung militärischer Aktivitäten in ihren Territorien an.

Einige Staaten haben Mechanismen geschaffen, um Verletzungen infolge von Militarisierung zu verhindern. In Kolumbien wurden auf nationaler Ebene Frühwarnmechanismen eingerichtet, um Menschenrechtsverletzungen gegen indigene Völker zu verhindern. Zum Beispiel hat das Büro des Ombudsmannes im Departement Amazonas ein Frühwarnsystem im Hinblick auf das Risiko entwickelt, dass indigene Kinder und Jugendliche von illegalen bewaffneten Gruppen rekrutiert werden. Dies könnte nämlich zu Konfrontationen mit den staatlichen Streitkräften, zur Militarisierung der Gebiete und Stigmatisierung der Gemeinden führen.

Es besteht die Notwendigkeit, die Beteiligung indigener Völker an Friedensverhandlungen, die sie betreffen, zu gewährleisten und die mögliche Rolle gewohnheitsmäßiger Praktiken in solchen Verhandlungen anzuerkennen. In der asiatischen Region haben Vertreter indigener Völker empfohlen, dass Gewohnheitsrecht auf militärische Einheiten und die Anerkennung indigener Wächter durch lokale Regierungen und Strafverfolgungsbehörden anzuwenden. Nationale Menschenrechtsinstitutionen könnten eine Rolle bei der Erleichterung des Dialogs zwischen dem

Militär, den Gemeinden und anderen unabhängigen Menschenrechtsorganisationen spielen. Einige indigene Völker haben proaktive Kommunikationsmittel eingesetzt, um relevante Akteure zu alarmieren, wenn Menschenrechtsverletzungen in abgelegenen Gebieten geschehen.

Die Strafverfolgung und Entschädigung für Verletzungen der Rechte indigener Völker im Kontext der Militarisierung sind nach wie vor unzureichend. Eine besondere Dimension des Zugangs zur Justiz bezieht sich auf die Überwindung langjähriger historischer Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen, auch in Bezug auf die Kolonisierung und Enteignung von Land, Territorien und Ressourcen indigener Völker.

Das Ausmaß der Straflosigkeit ist nach wie vor hoch. Beispiele dafür sind die Verzögerungen bei der Untersuchung von außergerichtlichen Hinrichtungen, die zwischen 1979 und 2012 im Bundesstaat Manipur stattfanden, und die fortgesetzte Anwendung des Armed Forces Special Powers Act auch in Nagaland und Manipur in Indien. Es ist nicht bekannt, dass die ägyptischen Behörden eine Untersuchung der Menschenrechtsverletzungen an Beduinen auf dem Sinai eingeleitet und an diesen Verbrechen beteiligte Personen zur Rechenschaft gezogen haben. In Bangladesch nehmen Polizeistationen und Gerichte Berichten zufolge keine Anzeigen gegen Mitglieder des Militärs entgegen. Und die Nationale Menschenrechtskommission "kann keine Maßnahmen gegen die Armee ergreifen oder Empfehlungen aussprechen, wenn die Armeeangehörigen in Menschenrechtsverletzungen in den Chittagong Hill Tracts verwickelt sind". In Nicaragua haben trotz der gütlichen Einigung im Zusammenhang mit einem Verfahren vor der Interamerikanischen Menschenrechtskommission wegen eines mutmaßlichen Völkermordes an der Karibikküste Amnestiegesetze zu Straflosigkeit geführt. In Venezuela dauern die Ermittlungen in dem Vorfall noch an, bei dem im März 2022 auf dem Militärstützpunkt an der Grenze in Parima B im Bundesstaat Amazonas Angehörige der Streitkräfte das Feuer auf Yanomami-Demonstranten eröffneten und dabei vier Personen töteten und einen Minderjährigen verletzten.

In West-Papua, Indonesien, gibt es zwar Initiativen oder Gesetze für die Bereitstellung von Rechtsmitteln, diese werden jedoch nicht umgesetzt. In Indonesien können Angehörige des Militärs nur vor Militärgerichten angeklagt werden, was den Zugang indigener Völker zu wirksamen Rechtsmitteln wegen mangelnder Transparenz erschwert. In Nicaragua hat die Einreichung einer Beschwerde wegen sexueller Übergriffe durch Streitkräfte zu einer Gegenanklage wegen Verleumdung geführt.

Die Straflosigkeit setzt die Gewalt gegen indigene Völker fort. In Brasilien besteht ein Mangel an Vertrauen in die Landes- und Grenzpolizei und in einigen Fällen in die Bundespolizei. Der Grund liegt an der Beteiligung von Beamten an Gewalttaten gegen indigene Völker. In den meisten Fällen führt die Straflosigkeit dazu, dass gewalttätige Praktiken privater Sicherheitskräfte, bewaffneter Söldner und staatlicher Streitkräfte unvermindert anhalten.

Zu den positiven Beispielen der nationalen Rechtsprechung gehören Entschädigungen für Verletzungen der Rechte indigener Völker im Zusammenhang mit bewaffneten Konflikten. Im Februar 2016 hat das guatemalteckische Gericht für Hochrisiko-Verbrechen zwei ehemalige Militäroffiziere wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt und elf indigenen Q'eqchi'-Frauen Wiedergutmachung zugesprochen, die während des 30-jährigen Konflikts in Guatemala sexueller Gewalt ausgesetzt waren. Der Fall Sepur Zarco war der erste Fall von konfliktbedingter sexueller Gewalt, der nach dem guatemalteckischen Strafgesetzbuch behandelt wurde. Es war das erste Mal, dass ein nationales Gericht den Vorwurf der sexuellen Sklaverei während eines bewaffneten Konflikts - ein Verbrechen nach internationalem Recht - verhandelt hat.

Im Januar 2018 forderte ein Bundesgericht im Bundesstaat Amazonas in Brasilien die Einhaltung der freien, vorherigen und informierten Zustimmung des Volkes der Waimiri Atroari sowohl zu jedem Gesetz und jedem Entwicklungsplan, die sie betreffen, als auch zu jeder militärischen Aktivität auf ihrem Land.

In Mexiko haben im Jahr 2021 die Bundesregierung und die traditionellen Autoritäten des Yaqui-Volkes in einem Prozess der Konsultation und des Dialogs eine Einigung über einen Gerechtigkeitsplan erzielt, der ihre historischen Ansprüche auf Land, Territorium und Wasser beinhaltet sowie die Umwelt, ihr Wohlergehen, ihre Sicherheit und ihre volle Entfaltung gewährleisten

soll. Bei der Vorstellung des Yaqui-Gerechtigkeitsplans entschuldigte sich der Präsident Mexikos beim Volk der Yaqui für die historischen Ungerechtigkeiten.

Was die grenzüberschreitende Rechenschaftspflicht von Unternehmen angeht, so deuten Urteile des Ontario Superior Court of Justice in der Rechtssache Choc gegen Hudbay Minerals Inc. und die Entscheidung des Court of Appeal for British Columbia in der Rechtssache Garcia gegen Tahoe Resources Inc. darauf hin, dass die kanadischen Gerichte zum ersten Mal bereit sind, eine regulierende Rolle bei der Verhinderung und Behebung von Menschenrechtsverletzungen zu spielen, die im Ausland durch privates Sicherheitspersonal kanadischer Unternehmen begangen werden. Die Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte setzen sich dafür ein, dass Unternehmen und Staaten als Teil des Menschenrechtsrahmens betrachtet werden. Die Staaten sollten klar die Erwartung formulieren, dass alle in ihrem Hoheitsgebiet und/oder ihrer Gerichtsbarkeit ansässigen Unternehmen die Menschenrechte während ihrer gesamten Geschäftstätigkeit achten. Der Kommentar zu Grundsatz 23 der Leitsätze ist eine wichtige Überlegung für den Fall Hudbay. Wenn die Rohstoffindustrie in Konfliktgebieten tätig ist, besteht möglicherweise ein höheres Risiko von Menschenrechtsverletzungen durch das Sicherheitspersonal des Unternehmens oder seiner Tochtergesellschaften. Dies ist ein wichtiger und notwendiger Schritt in Richtung einer echten grenzüberschreitenden Unternehmensverantwortung.

Den vollständigen Text finden Sie unter:

<https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G23/155/97/PDF/G2315597.pdf?OpenElement>

Unautorisierte Übersetzung (unter Zuhilfenahme von DeepL) und Zusammenstellung von

Ruth Oelgeklaus  
Kogruppe Bangladesch